REICHSAUSGABE

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung

Anzeigenpreise Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: F 7, Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H).

NUMMER 104 A

BERLIN • Mittwoch, den 4. Mai 1932

1. JAHRGANG

Frankreichs importierte Arbeiterarmee.

Von Hilde Meisel.

Eine ungeheure Armee von mehr als einer Million ausländischer Arbeiter ist seit Kriegsende nach Frankreich geströmt, von den Unternehmern als billiges Arbeitsvieh importiert, von den Arbeitern als Lohndrücker gehaßt, von den Behörden nach allen Regeln der Kunst schikaniert, sobald diesen der Einstrom unerwünscht erscheint (vergl. „Funke" vom 3. Mai).

Auf diese Arbeiter ergießt sich die volle Erbitterung, die in Frankreich über die Wirtschaftskrise herrscht, auch die ihrer französischen Genossen. Die französischen Arbeiter sagen, daß sie von den Ausländern verdrängt und auf die Straße geworfen werden; denn da diese billiger arbeiten, verlieren sie, die Franzosen, in ihrem „eigenen" Land die Arbeit zuerst.

Die Behörden wollen die ausländischen Arbeiter loswerden, um weniger Arbeitslose aus den Gemeindekassen unterstützen zu müssen.

Die Regierung will Ausländer abschieben, um auf eine geringe Zahl von Arbeitslosen hinweisen zu können.

Die Unternehmer sind doppelzüngig: in den Zeitungen, die für das „Volk" geschrieben werden, wie „L'Ami du Peuple", hetzen sie gegen die ausländischen Arbeiter:

„. . . es ist kläglich, in den Straßen von Paris die tragischen Reihen von Arbeitslosen zu sehen, die vor den Türen der Rathäuser und der Arbeitsämter warten.

Und Rumtreiber, die von den vier Enden der Welt hergelaufen kommen, leben herrlich auf dem Boden unseres Landes . . . ."

Indessen schlagen Unternehmerzeitungen einen anderen Ton an. Am 11. Dezember 1931 schreibt „L'Usine" über die ausländischen Arbeiter in Frankreich:

„. . . abgesehen von einigen Ausnahmen, ist ihre Gegenwart für den guten Gang der Industrien, in denen sie beschäftigt sind, erforderlich."

Der Grund für diese Haltung der Unternehmer ist klar: Die ausländischen Arbeiter arbeiten zu niedrigeren Löhnen, als die französischen, sie richten sich nicht nach den gesetzlich oder auf Grund von Vereinbarungen mit den Gewerkschaften festgesetzten Arbeitsbedingungen, sie beteiligen sich zumeist nicht an Streiks, sie bieten eine Sicherheit dafür, daß die freien Gewerkschaften nicht zu stark werden.

Die Arbeiter kennen diesen Grund gut und wollen sich der Lohndruckarmee entledigen. Die Parlamentsfraktion der SFIO (französische Sektion der II. Internationale) hat im Dezember des vergangenen Jahres einen Gesetzentwurf eingebracht, demzufolge in jedem Werk nur ein bestimmter Prozentsatz ausländischer Arbeiter beschäftigt werden darf. Der Prozentsatz sollte nicht weniger (und möglichst wenig mehr) als 10 Prozent betragen und für jede Industrie gesondert festgesetzt werden. Bei Arbeiterentlassungen sollten die Unternehmer gezwungen sein, ohne Rücksicht auf die Nationalität, zuerst die jungen Arbeiter und solche, die am wenigsten für die Familie zu sorgen haben, zu entlassen. (Da sehr viele ausländische Arbeiter ohne Familie nach Frankreich gekommen sind, würden sie auf diese Art zuerst entlassen werden. Da das Kontingent ausländischer Arbeiter in den meisten Werken auf alle Fälle erreicht sein würde, könnten die entlassenen Arbeiter vorläufig kaum wieder Arbeit finden.) Ein Gesetz, das etwa den Inhalt dieser Vorschläge hat, ist in der Kammer, mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Radikalen, bei Stimmenenthaltung der SFIO, angenommen worden.

Um die Vorschläge der französischen Sozialisten besser beurteilen zu können, wollen wir uns erst über ihre Tragweite klar werden.

Ein Kontingent von 10 oder wenig mehr Prozent in der Schwerindustrie würde zu der zwangsweisen Entlassung einer großen Anzahl von ausländischen Arbeitern führen. In den nördlichen Industriebezirken Frankreichs gibt es ganze Dörfer, in denen fast nur polnisch gesprochen wird, ganze Werke sind fast nur von Polen besetzt. Viele Werke haben eine polnische Belegschaft von 40 bis 75 Prozent. Allein in den Koh-

(Fortsetzung auf der 2 Seite.)

Keine Revanche-Wahlen.

M. S. Wer nur nach den Ueberschriften der Berliner Montagsblätter gehen wollte, könnte sich schwerlich ein Bild davon machen, wie denn nun das vorläufige Ergebnis der französischen Wahlen ausgefallen ist. Da konnte man lesen: „Sieg der Linken in Frankreich" — „TARDIEU nicht geschlagen" — „Frankreich wählt rechts". Ein lehrreiches Beispiel dafür, wie der eigene politische Standpunkt aus dem noch unfertigen Ergebnis der Wahlen Kapital zu schlagen versteht. Denn es steht tatsächlich so, daß TARDIEU insofern nicht geschlagen ist, als die bisherige Regierungsmehrheit den Oppositionsparteien einstweilen noch mit 14 Mandaten überlegen ist; daß andererseits die Linken im Vormarsch sind insofern, als die Radikalsozialisten unter HERRIOT kein einziges Mandat verloren, im Gegenteil mindestens vier Sitze gewonnen haben, und die Sozialdemokraten unter LEON BLUM, die 1928 im ersten Wahlgang nur 14 Abgeordnete durchgebracht hatten, sich jetzt im ersten Wahlgang bereits 40 Manate gesichert haben.

Aeußerungen freilich von der Art, daß Frankreich im ersten Wahlgang leicht nach rechts gerutscht sei, lassen sich keineswegs rechtfertigen; denn einmal hat die radikale Rechte unter der Führung MARINS entschieden verloren; einige ihrer prominentesten Kandidaten, DE WENDEL und MARDEL (der mit dem neuen Wahlgesetz die Stichwahlen beseitigen wollte), werden im zweiten Wahlgang in einen sehr schweren Kampf geraten. Ferner haben die Linksrepublikaner, die eigentliche Partei TARDIEUS, nach den neueren Meldungen zehn Mandate verloren und nur zwei gewonnen.

Alles in allem besteht also unser erstes Urteil zu Recht, daß mit dem entschiedenen Vorstoß der HERRIOT-Gruppe, den Verlusten auf der Rechten, dem kein zahlenmäßiger Verlust der Partei LEON BLUMS gegenübersteht, eine Verstärkung der bürgerlichen Linken eingetreten und damit eine Festigung der mittleren Linie in Frankreich erfolgt ist.

*

Die Entscheidung des nächsten Sonntags, und damit der endgültige Ausgang der Wahlen, wird davon abhängen, welches Wahlbündnis HERRIOT in dieser Woche eingeht, ob er die „republikanische Disziplin" hält, d. h. ob er die Stimmen der Radikalsozialisten dem sozialistischen Kandidaten zugute kommen läßt (falls dieser im ersten Wahlgang die größere Stimmenzahl hatte), oder ob er er die Sozialisten sich selber überläßt und damit den Reaktionären eine Chance eröffet. Hierüber besteht keineswegs Sicherheit. Aus HERRIOTS ersten Aeußerungen nach seinem Wahlerfolg geht hervor, daß die Beschlüsse seiner Partei hinsichtlich einer Wahlverbindung mit den Sozialisten noch nicht gefaßt sind. Am Dienstag vormittag wird seine Partei darüber endgültig Beschluß fassen.

Erst recht läßt sich nichts darüber sagen, was für ein Kabinett unter HERRIOTS Führung, mit der man rechnen muß, zustande kommen wird: ob er TARDIEU zur Mitregierung auffordern wird, oder ob er eine Regierung bilden wird mit der Unterstützung der Linken. Das alles wird davon abhängen, wieviele Sitze er selber noch am nächsten Sonntag gewinnt, ob die Mandate der Sozialisten noch erheblich ansteigen oder ob TARDIEU im letzten Augenblick doch noch eine beträchtliche Zahl von Sitzen erwischt.

*

HERRIOT, DALADIER wie die übrigen Führer der Radikalsozialisten sind sämtlich bereits im ersten Wahlgang gewählt. Auf der Rechten kehrt TARDIEU in die Kammer zurück, mit ihm FLANDIN und MARIN. Auf der Linken sind LEON BLUM, RENAUDEL und AURIOL wiedergewählt worden. PAUL FAURE, der in dem Rüstungszentrum Le Creuzot einen außerordentlich schweren Stand hatte (es heißt, daß es den Arbeitern bei Androhung der Entlassung verboten war, ihre Stimme FAURE zu geben), ist dort geschlagen worden. FAURE hat sich in der vorigen Kammer rühmlichst hervorgetan durch seine Enthüllungen über die Rüstungsindustrie; die Antwort hat ihm die Reaktion jetzt gegeben.

Die Kommunisten haben einen oder zwei Kandidaten bekommen, die kommunistischen Sozialisten, die TROTZKI folgen, haben zwei Mandate erobert. Dieses bescheidene Ergebnis kann in der Stichwahl noch wesentlich gebessert werden. In den Pariser Vororten sowie in dem Industriegebiet um Lille verfügen die Kommunisten über eine nicht unbeträchtliche Wählerschaft. Es wird damit gerechnet, daß sie noch einen Zuwachs von 8 bis 10 Mandaten erhalten. Eine Listenverbindung mit den Sozialisten haben sie auch dieses Mal entschieden abgelehnt, sodaß die Rechten diesem Entschluß der kommunistischen Partei unter Umständen noch den einen oder andern Mandatssitz verdanken werden.

*

AUS DEM INHALT:

Der Weg des Unheils.
Imperialisten unter sich.
Reichswehr, „Reichsbanner", Reichskanzler.
Klassenkampf um die Arbeitsbedingungen.
Der Weltfeiertag der Arbeiter.
Bankensanierung.

Französische Pressestimmen über das Wahlergebnis liegen bisher noch kaum vor. Der Führer der Rechten, MARIN, hat sein tiefes Bedauern geäußert über die Kurzsichtigkeit, ja Blindheit des französischen Volkes, das sein Schicksal anscheinend den Linken anvertrauen wolle. LEON BLUM hat sich bisher geweigert, Erklärungen abzugeben; auch von TARDIEU liegen noch keine Aeußerungen vor. Aber wir wollen an dieser Stelle noch einmal eingehen auf die Rede, die TARDIEU in der vergangenen Woche in Belford hat verlesen lassen; ihr Wortlaut liegt inzwischen vor. Das Ergebnis dieser Nachprüfung ist, im Gegensatz zu den alarmierenden Meldungen der deutschen Rechtspresse, daß auch diese Rede, die TARDIEU schriftlich ausgearbeitet hatte,

ganz im Sinne seiner bisherigen Wahltaktik gehalten war.

Sie setzte ein mit einer scharfen Auseinandersetzung gegenüber den Sozialisten, denen er die Liste ihrer sämtlichen Fehlschläge präsentierte. Den stärksten Druck versuchte er auf seine Wähler sicherlich mit der Inflationsdrohung auszuüben: „Der Sozialismus an der Macht würde direkt oder indirekt bedeuten, den Franc zum Sou zu machen."

Nach diesem Ritt gegen die Sozialisten widmete er den zweiten Teil seiner Rede einer wohlwollenden Auseinandersetzung mit den Radikalsozialisten, die in die werbende Anfrage ausmündete, wohin sich HERRIOT nach der Wahl zu wenden denke. Er warnte ihn, wenn ihm daran läge, Politik zu machen, sich mit den Sozialisten zu verbinden. Er schloß seine Unterhaltung mit den Radikalsozialisten mit der vorsichtigen Bemerkung: Ich hoffe, in meiner Analyse nichts gesagt zu haben, was nicht sicher wäre und nichts, was Anstoß erregen könnte." Für das Temperament Herrn TARDIEUS eine beispiellose Beherrschung.

Erst zum Schluß seiner Rede wandte sich TARDIEU den Problemen des Tages zu. Er fand für die Außenpolitik Frankreichs in der gegenwärtigen Situation die folgenden Worte: „Was die Gegenwart angeht, so ist die juristische und moralische Unsicherheit, die aus der sogenannten Revisionspolitik entspringt, in beunruhigender Weise durch die jüngsten Wahlerfolge von Parteien verstärkt worden, die die Verwirklichung ihres Programms nur von der Gewalt und dem Vertragsbruch erwarten." Er zog daraus als verantwortlicher Leiter der französischen Außenpolitik die Konsequenz, daß das Problem der Abrüstung und der Reparationen die einmütige Konzentration der Kräfte Frankreichs erfordere.

TARDIEU zeigt in diesen Worten sicherlich eine durchaus entschiedene und zur Abwehr bereite Haltung. Aber die Frage drängt sich hier auf, was Deutschland eigentlich anderes erwartet, wenn sich GOEBBELS, der Wortführer der stärksten deutschen Partei, unter den Augen der Zensur erlauben kann, in seinem Hetzblatt BRÜNING folgenden Rat zu erteilen: „Das einzige, mit dem er (BRÜNING) in Genf operieren könnte, wäre der wachsende Widerstand gegen die demütigende und schmachvolle Lage des Landes im eigenen Volk. Sein Interesse müßte also bei nüchterner Ueberlegung darauf gerichtet sein, diesen Widerstand nicht nur nicht zu zerschlagen, sondern ihn, wenn auch anonym, zu hegen und zu pflegen und zu fördern."

Das französische Volk, dem diese „Angriffs"-Politik durch die eigene französische Hetzpresse täglich serviert wird, hat hierauf nicht mit einem Gegenangriff geantwortet, es hat im Gegenteil die MARIN-Gruppe im Stich gelassen und den Parteien der Mitte seine Stimme gegeben. Das ist für den Sozialismus gewiß zu wenig, aber wenigstens überhaupt etwas für die Verhinderung eines imperialistischen Krieges — was um so höher zu bewerten ist, als die französischen Wahlen unmittelbar nach einem akuten Wahnsinnsausbruch des deutschen Volkes stattfanden.

len- und Kalibergwerken arbeiten fast 150 000 ausländische Arbeiter, in anderen Bergwerken 32 000, in der Metallindustrie (vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie) 135 000, insgesamt in der Schwerindustrie also über 300 000 ausländische Arbeiter.

Sie machen in der Schwerindustrie weit mehr als 10 Prozent der Arbeitskräfte aus.

Wie kommt es, daß gerade in der Schwerindustrie so viele ausländische Arbeiter beschäftigt sind? In Büchern und Zeitungsartikeln von bürgerlicher Seite wird das damit erklärt, daß die französischen Arbeiter eine „Abneigung" gegen solche Arbeit haben, daß sie lieber in anderen Industrien erwerbslos sind, als daß sie in die Bergwerke steigen oder an Hochöfen arbeiten.

In der Tat haben sich französische Arbeiter geweigert, zu den Bedingungen, die ihnen die Unternehmer anboten, diese schwere Arbeit zu leisten.

Da sich die polnischen Arbeiter nicht geweigert haben, dies zu tun, hat man sie in Massen importiert.

Hier erhebt sich die Frage: Wollen die französischen Arbeiter die Plätze der polnischen Kollegen, die sie mit Hilfe dieses Gesetzes verdrängt haben, zu den Arbeitsbedingungen ausländischer Arbeiter übernehmen? Wahrscheinlich nicht. Um aber die Unternehmer zu zwingen, ihnen mehr zu zahlen, also die Lohnsumme in ihren Werken während der jetzigen Krise noch zu *erhöhen*, müßten die Gewerkschaften harte Kämpfe führen. Daß sie das tun, ist insbesondere wegen der immer noch nicht völlig hergestellten Einigkeit in den Gewerkschaften unwahrscheinlich. Daher besteht die Gefahr, daß die dem Gesetz zu Grunde liegenden Vorschläge der SFIO der Lohndrückerei durch die ausländischen Arbeiter nicht nur kein Ende gemacht, sondern daß sie sogar in noch größerem Maße als bisher auf die französischen Arbeiter ausgedehnt wird. Ferner:

Die französischen Gewerkschaften haben es versäumt, für die Interessen der ausländischen Genossen zu kämpfen.

Die Gewerkschaften beklagen sich darüber, daß diese sich nicht organisieren. Aber die Versuche von seiten der Arbeiterorganisationen, ihnen dabei entgegenzukommen, z. B. in bezug auf die sprachliche Schwierigkeit, sind sehr spärlich. Die Kirche ist mehr auf dem Posten gewesen, und ihr ist es auch gelungen, die polnischen Arbeiter zu organisieren. Wenn die Gewerkschaften und Arbeiterparteien alle Kraft eingesetzt hätten, um zu verhindern, daß nicht-französische Arbeiter zu anderen Bedingungen arbeiten, als französische, daß ausländische Arbeiter auf Grund verlogener Versprechungen systematisch importiert werden, dann wäre es nicht dazu gekommen, daß sie als ein Heer von über einer Million auf die Löhne der französischen Arbeiter drücken.

Da die französischen Arbeiterorganisationen das nicht verhindert haben, haben sie jetzt, wo sie den Druck dieser Arbeiterarmee auf sich lasten fühlen, nicht das Recht, die ausländischen Arbeiter aufs Plaster oder aus dem Lande zu werfen. Diese Arbeiter tragen nicht mehr Schuld an ihrer Rolle als Lohndrücker, als die französischen Genossen. Wenn sie Frankreich verlassen müssen, um nach Polen ins Elend zurückzukehren, um in Italien vielleicht von den Faschisten ins Gefängnis geworfen zu werden oder um, ohne Hab und Gut und ohne Rechte auf Unterstützung, nach Deutschland oder den osteuropäischen Ländern zurückzukehren, so geht es ihnen jedenfalls schlechter, als den französischen Erwerbslosen, die wenigstens eine Bleibe haben, in vielen Fällen Ersparnisse besitzen, eine Unterstützung beziehen und mehr Hoffnung haben, wieder Arbeit zu bekommen, als die in die „Heimat" zurückgekehrten Arbeiter.

Die Vorschläge der SFIO und das in der Kammer angenommene Gesetz sehen es darauf ab, die Lage der französischen Arbeiter zu bessern. Daß ihr Erfolg dabei wesentlich sein wird, ist mindestens unsicher. Sicher ist nur, daß er teuer bezahlt wird von den nicht-französischen Genossen, die zu Tausenden wöchentlich das Land verlassen, sicher ist, daß die französische Sektion der II. Internationale (wie deren Sektionen in anderen Ländern) vom Sinn des Internationalismus keine Ahnung hat.

Französische Stimmen zur Wahl.

Das amtliche Ergebnis.

Am Montag nachmittag lag das amtliche Ergebnis für die 605 Wahlkreise in Frankreich und Algerien vor.

248 Abgeordnete sind gewählt.

357 Abgeordnete gehen am 8. Mai in die Stichwahl.

An neuen Zahlen wird gemeldet, daß die Tardieu-Gruppe statt auf 35 auf 37 Sitze gestiegen ist; die Trotzkisten haben nicht 2, sondern 3 Kandidaten durchgebracht. Die Wahlbeteiligung betrug 80 Prozent.

Die bisherige Regierung.

Die bisherige Regierung TARDIEU wird spätestens bis zum 1. Juni, dem Zeitpunkt für den Zusammentritt der neuen Kammer, dem Staatspräsidenten den Gesamtrücktritt unterbreiten. TARDIEU dürfte noch im Laufe dieser Woche eine Unterredung mit dem Staatspräsidenten haben. Ueber die künftige Zusammensetzung der Regierung ist man nach wie vor der Auffassung, daß eine Konzentration unter Ausschluß der Gruppe MARIN erfolgt, d. h. ein Zusammenschluß aller bürgerlichen Gruppen einschließlich der Radikalsozialisten.

HERRIOT.

HERRIOT ist nach Paris abgereist, um mit seinen politischen Freunden über die künftige Haltung der Partei zu beraten. Vor seiner Abreise erklärte er, daß nach den ihm von der Pariser Parteileitung zugegangenen Informationen 70 Sozialisten bei der kommenden Stichwahl beste Aussichten auf Erfolg hätten, während in 88 Wahlbezirken ein radikalsozialistischer Kandidat an der Spitze stehe und sicherlich gewählt werde. Daraus ergebe sich als wahrscheinliches Endergebnis ein sozialistischer Block von 115 bis 120 und ein radikalsozialistischer Block von 145 bis 150 Abgeordneten. Die Sozialisten würden sich nunmehr mit der Frage der Beteiligung an der Regierung befassen müssen. Die Radikalsozialisten würden auch in Zukunft an dem Programm festhalten, das er während des Wahlfeldzuges entwickelt habe. Diejenigen, die schon jetzt an der Börse allerhand Manöver versuchten, würden besser tun, sich ebenso ruhig zu verhalten, wie er und seine politischen Freude. Auf die Frage, ob er sich an einer etwaigen Konzentration der Rechten nach dem Vorschlag TARDIEUS beteiligen werde, erklärte HERRIOT, er werde keinen Antrag annehmen, die Verantwortung für die Bildung einer solchen Regierung noch einmal zu übernehmen. Der „Figaro" legt diese Erklärungen des Führers der Radikalsozialisten dahin aus, daß sich HERRIOT mit der festen Absicht trage, die Wiederherstellung des Kartells, d. h. des Zusammenschlusses mit den Sozialisten, durchzuführen.

„Der Wille" zur Verständigung.

Die links gerichtete „Volonté" („Der Wille") erklärt in einer Stellungnahme zum bisherigen Wahlergebnis, daß die Linksparteien deshalb so große Erfolge zu verzeichnen hätten, weil sie dem französischen Volk als Feinde einer Politik der Gewalt und europäischen Zersplitterung erschienen seien. Frankreich habe wieder einmal gegen den Krieg gestimmt, indem es gegen die Politik der Aufrechterhaltung des europäischen Status quo stimmte, die unweigerlich die gefährlichsten Konflikte nach sich ziehen müsse. Das französische Volk sei sich darüber klar geworden, daß der Friede 14 Jahre nach Beendigung des Weltkrieges immer noch nicht gesichert, und daß weitherzige Abkommen notwendig seien, um dieses Ziel zu erreichen. Es habe verstanden, daß eine Bündnispolitik mit dem Ziel, Deutschland einzukreisen, heute nicht mehr am Platz sei. HERRIOT habe erst kürzlich das Richtige getroffen, als er betonte, daß man wohl Achtung vor den Verträgen verlangen könne, daß diese Verträge aber dehnbar sein müßten, um sich den gegebenen Bedürfnissen anzupassen.

Das Regierungsblatt.

Der „Temps" hebt hervor, daß man vom ersten Wahlgang noch nicht auf das Gesamtergebnis schließen könne, da die Stichwahl den Wahlausgang vom Sonntag ebensogut bestätigen wie widerrufen könne. Die alte Mehrheit habe einige Verluste aufzuweisen, die jedoch tatsächlich nicht zahlreich seien. Wenn die Radikalsozialisten nach dem vorläufigen Ergebnis gewonnen hätten, so sei das wohl auf die ausgesprochen nationale Haltung ihrer Führer zurückzuführen. Man dürfe daraus schließen, daß sich das ganze Land von dem revolutionären Sozialismus bewußt abwende. Die Sozialisten seien keineswegs gestärkt aus dem ersten Wahlgang hervorgegangen. Die gemäßigten Republikaner müßten alles tun, um den Radikal-Sozialisten die notwendige Trennung von den Sozialisten zu erleichtern.

Imperialisten unter sich.

Unter den russischen Emigranten in Paris, bei denen die Todfeinde der Sowjet-Republik MILJUKOW, KERENSKI, DAN, DENIKIN, eine führende Rolle spielen, ist anläßlich der Vorgänge in der Mandschurei Hochbetrieb. Der drohende Angriff Japans auf Sowjet-Rußland wird von einer Reihe dieser Emigranten begrüßt. Sie erhoffen von ihm den Sturz der Sowjet-Regierung und sind daher bereit, sich auf die Seite Japans zu stellen.

Die bekanntesten Führer dieser Emigranten haben in den vergangenen Wochen zu diesen Fragen öffentlich Stellung genommen. Das größte Aufsehen hat dabei der Vortrag des Generals DENIKIN erregt, von dem ein Schweizer Berichterstatter schreibt, er sei „für diesen von Japan belebten und auf japanische Hilfe zählenden eigenartigen russischen Patriotismus . . . eine eiskalte Dusche" gewesen. DENIKIN rechnet seinen Gesinnungsfreunden vor, daß der Sturz der Sowjet-Regierung, den er ebenso sehr erhofft, wie sie, zu teuer bezahlt sei, wenn dabei wertvolle russische Landesteile in die Hände Japans fielen. Japans Freundschaft sei unzuverlässig und insofern seien in diesem all „die wahren Interessen Rußlands" mit denen der Sowjets unlösbar verbunden. „Wer und was berechtigt uns dazu, die russische Erde zu teilen und zu veräußern?"

Es liegt im Wesen des Imperialismus, daß er die ihm huldigenden Staaten auf die Dauer gegen einander aufhetzt, statt sie durch die Einheit der Gesinnung mit einander zu verbinden. DENEKINS Stellungnahme, die dies berücksichtigt, ist insofern weiterblickend als die seiner russischen Freunde: für konsequente russische Imperialisten ist unter den heutigen Umständen der in der Gesinnung ihnen verwandte, aber an Macht ihnen schlechthin überlegene japanische Imperialismus gefährlicher als der russische Kommunismus, der der Weltanschauung der Emigranten geradezu entgegengesetzt ist.

Amnestie anläßlich der Präsidentenwahl.

Im Aeltestenrat des Reichstages ist angeregt worden, anläßlich der Präsidentenwahl eine Amnestie zu erlassen. Die Anregung ist dem Reichsjustizministerium zur Prüfung zugeleitet worden.

PORGY.

Ein Neger - Roman von *du Bose Heyward.*

(Deutsche Rechte: Th. Knaur, Nachfolger, Verlag, Berlin.)

(13. Fortsetzung.)

Frasier, der eine Praxis als Winkeladvokat besaß, war wohl über fünfzig Jahre alt, aber das Grau seines Wollhaars wirkte durch den Gegensatz zu dem ungewöhnlich tiefen Schwarz seiner Haut schon völlig weiß. In der trüben Zeit der Reaktion hatte er für die demokratische Liste gestimmt, was damals unbedingt keinen geringen persönlichen Mut bewies, und er genoß darum jetzt die fast unbegrenzte Duldung der herrschenden Klasse. Ohne offiziell die staatliche Erlaubnis zur Ausübung seines juristischen Berufes zu besitzen, war es ihm unter stillschweigender Billigung der Anwaltschaft gestattet, seine farbigen Landsleute vor der Polizei, den Behörden und sogar auch in nicht allzu wichtigen Fällen vor Gericht zu vertreten.

Porgy blickte ihn steinern an.

„Natürlich lieben feine Herren nicht den Geruch eines Ziegenbocks!" erwiderte er gelassen.

Die Tür wurde geöffnet und Archdale sah heraus. Porgy hätte ihn, ohne sich zu erheben, mit der Hand berühren können, doch der Blick des Krüppels blieb mit unverändertem Ausdruck auf das Gesicht des Negers gerichtet. Um jeden Einwand im vorhinein abzuschneiden, fuhr er, all seine gute Meinung über die Weißen in das Zittern seiner Stimme legend, hastig fort:

„Du, der schon so lange mit den weißen Herren zu tun hat, solltest sie doch besser kennen und wissen, daß sie bei dieser Hitze einen armen Krüppel nicht aus dem Schatten wegjagen!"

Archdale machte jetzt eine Bewegung, die Porgys Gesichtsfeld durchschnitt. Der aber tat, als ob er nichts merke, sondern sagte, seine Stimme voller Unwillen erhebend:

„Von deinen Gesetzen magst du was verstehen — aber Herrn Archdale kennst du ganz und gar nicht! Der ist nicht wie die anderen Leute! Natürlich gefällt dem auch der Geruch von einem Ziegenbock nicht — aber er hat ein Herz für einen armen Negerkrüppel!"

Archdale verzog den Mund zu einem spöttischen Lächeln.

„Ist schon recht, Porgy!" sagte er. „Aber Herz oder nicht — ich kann vor meiner Tür keinen Ziegenbock dulden! Schon nach einer Woche hätt' ich ja dann keinen einzigen Klienten mehr."

Beim Klang von Archdales Stimme blickte Porgy sich um. Sein ganzer Körper schien Erstaunen auszudrücken.

„Ach — da ist ja auf einmal der Herr selbst?!" rief er aus. Dann wandte er sich triumphierend wieder dem Neger zu und fuhr fort:

„Siehst du nun, daß ich recht hatte? Hab' ich dir nicht gesagt, daß er mir erlauben wird, hierzubleiben?!"

Archdale befiel gelinde Verzweiflung.

„Das hab' ich nicht getan!" rief er mit dem Ausdruck eines Menschen, der seinen Fuß zwischen eine Tür, die zugezogen wird, stellt. „Heute können Sie meinetwegen hierbleiben, weil ich sowieso den ganzen Vormittag auf dem Gericht zu tun habe — aber morgen müssen Sie sich einen anderen Platz suchen!"

„Bis morgen hab' ich meinen Ziegenbock gewaschen, so daß Sie ihn nicht von einem Rosenstock im Park unterscheiden können!" versicherte ihm Porgy mit einem verschmitzten Lächeln. „Sie werden den Bock direkt noch liebgewinnen, Herr!"

„Nein, nein, Porgy — bei Ziegenböcken nützt Waschen nichts —, nur heute dürfen Sie noch bleiben!"

Ueberzeugte Gewißheit lag jedoch nicht in Archdales Ton. Er hielt wohl den Fuß noch zwischen die Tür, aber er wußte, daß sie sich doch schließen würde.

„Kommen Sie, Frasier, wir wollen mal über Ihre Ehescheidungsgeschichte sprechen!" sagte er resigniert zu dem anderen Neger und ließ ihn in sein Büro eintreten.

Gleich darauf hörte Porgy durch das offen stehende Fenster Archdale sagen:

„Um es kurz zu machen, Frasier: der Herr von der Regierung, der hierhergekommen ist, um die Moral unter den Negern zu heben, hält Sie für einen Schädling. Er will Sie anzeigen, weil Sie in ganz ungesetzlicher Weise Ehen geschieden haben."

In einem Ton, der sich recht wesentlich von dem, mit dem er Porgy angefahren hatte, unterschied, fing Frasier an:

„Ich habe soviel Neger getroffen, die mit ihrer Ehe unzufrieden waren — da hab' ich ihnen einfach erzählt, daß es ein Ding gibt, das man Scheidung nennt."

„Nun und?" fragte der andere aufmunternd.

„Und dann habe ich ihre Ehe einfach durch einen Scheidungsakt getrennt, den ich zu diesem Zweck aufgesetzt habe. Das ist bis jetzt ganz gut gegangen, Herr, — ich habe damit eine Menge Neger glücklich gemacht."

„Haben Sie so ein Papier bei sich?"

Einen Moment herrschte Schweigen, dann ertönte wieder Archdales Stimme:

„Ich, Simon Frasier, trenne hierdurch die Ehe zwischen Rachel Smalls und Columbus Devo gegen Erstattung einer Gebühr von einem Dollar. — Gezeichnet: Simon Frasier. — Das ist allerdings sehr einfach! Wo haben Sie denn den Stempel her?"

„Den hab' ich bei dem Juden im Trödelladen gekauft, Herr!"

„Wissen Sie denn wirklich nicht, daß die Ehescheidung Sache des Staates ist?"

„Das schon — aber man hat mir gesagt, daß die nur für die Weißen da ist, daß aber bei den Negern soviel Umstände nicht nötig sind. Ich sehe auch gar keinen Grund, warum ich etwas nicht tun soll, was die Neger zufrieden macht. Es ist ja auch alles ganz gut gegangen, bis der Herr mit der öligen Stimme angekommen ist und mir meine ganze Praxis ruiniert hat!"

(Fortsetzung folgt.)

Der Klassenkampf um die Arbeitsbedingungen.

Gegen das Kündigungsschutzgesetz richtet sich eine Eingabe des Groß-Berliner Arbeitgeber-Verbandes des Großhandels an das Reichsarbeitsministerium.

Das Kündigungsschutzgesetz vom 9. Juli 1926 betrifft die Angestellten, die mindestens 5 Jahre auf einer Stelle gearbeitet haben. Es stimmt: 1. daß solchen Angestellten nur mit einer Frist von mindestens drei Monaten am Schluß eines Kalendervierteljahres gekündigt werden kann; 2. daß bei einer Beschäftigungsdauer von acht Jahren die Kündigungsfrist sich auf mindestens vier Monate erhöht; 3. daß sie bei einer Beschäftigungsdauer von zehn Jahren mindestens fünf Monate und 4. bei einer Beschäftigungsdauer von zwölf Jahren mindestens sechs Monate beträgt.

Gegen diese ihnen lästige Bestimmung haben die Unternehmer bisher die Praxis ausgebildet, den längere Zeit Angestellten zum nächsten zulässigen Termin zu kündigen, um dann neue *kurzfristige Verträge* mit ihnen abzuschließen, die ohne besondere Kündigung ablaufen, und dann wieder kurzfristig verlängert werden können. Das Reichsarbeitsgericht erklärt aber derartige Kettenverträge als eine Umgehung des Kündigungsschutzgesetzes für unwirksam, so daß **die Unternehmer jetzt die Aufhebung des Kündigungsschutzgesetzes verlangen.**

*

Die Leipziger Bauarbeiter sollen nach einer Meldung von Arbeitgeberseite in den Streik getreten sein. Um welche Forderungen es sich bei dem Streik handelt, geht aus der Meldung nicht hervor. Die Berliner Zentrale des Baugewerksbundes konnte noch keine näheren Mitteilungen über den Konflikt machen.

*

Die Lohnverhandlungen für die Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in Rheinland und Westfalen, die vor dem stellvertretenden Schlichter geführt wurden, sind ergebnislos vertagt worden. Man wartet jetzt zentrale Berliner Verhandlungen ab.

*

Der Tarifvertrag für die kommunalen Angestellten in Rheinland und Westfalen ist durch eine Vereinbarung der Tarifparteien verlängert worden.

Der Weltfeiertag der Arbeiter.

Ein schäbiger Versuch.

Die NS, die von der Arbeiterbewegung die Melodien ihrer Lieder, das Wort „sozialistisch" in ihrem Namen und das Rot ihrer Fahnen gestohlen haben, versuchten es in diesem Jahre schüchtern mit Maifeiern. In Berlin traten sie in der Oeffentlichkeit gar nicht hervor. In der Provinz demonstrierten sie hier und da. Hier ein Bericht aus Gotha:

Maifeier des gesamten Gaus Thüringen der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation. Die Namen GREGOR STRASSER und SAUCKEL hatten jedoch nicht 1500 Menschen hergelockt, unter ihnen wenig Arbeiter, meist junge Bauernsöhne. Die Aufforderung, die Hakenkreuzfahne herauszuhängen, hatten die Gothaer schlecht befolgt: ich sah nur eine Hakenkreuzfahne, und zwar bei der nationalsozialistischen Buch- und Zinnfigurenhandlung.

Über die Rolle der Sozialdemokraten

bei Gewerkschaftskundgebungen oder bei den Maikundgebungen anderer überparteilicher Organisationen bestätigen die Meldungen aus dem Reich den Eindruck der Berliner Kundgebung, über die wir berichteten: eine dreiste Verachtung der politischen Ueberzeugung der nicht-sozialdemokratischen Kollegen in jenen Organisationen. Das Hoch auf die Sozialdemokratie war das Mindeste, was diesen Kollegen von sozialdemokratischen Gewerkschafts-Rednern zugemutet wurde.

Klassenkampf und Charakter.

E. Tr. Die Maikundgebung des ISK in Berlin, die am 29. April im dichtgefüllten Saal des Hackeschen Hofs stattfand, stand unter dem Zeichen des Kampfes gegen die kapitalistische Klassengesellschaft. Szenen aus dem Prozeß gegen SACCO und VANZETTI wurden aufgeführt. Wir hörten, wie zwei Menschen auf die Anklagebank gebracht wurden durch die gerissene Tätigkeit eines Staatsanwalts, der sich die Zeugen beschafft und sich ihre Aussagen auf erpresserische Weise sichert. Hand in Hand arbeitete der Staatsanwalt mit dem Richter so lange, bis die Geschworenen den Schuldspruch fällten und SACCO und VANZETTI, die ihr Leben gegen jedes Verbrechen der Gesellschaft gekämpft hatten, wegen angeblicher Beteiligung an einem Raubüberfall zum Tode verurteilten.

An diese Verurteilung anknüpfend stellte der Genosse EICHLER in seiner Rede den Mahnrufs SACCOS an einen Genossen in den Mittelpunkt: „Wissen Sie denn nicht, wie weit die Verteidiger dieser verfaulten alten Gesellschaft gehen werden? Vergessen Sie nicht, daß der Feind keinen sauberen Kampf führt, daß er jeder Schandtat fähig war und ist." An vielen Beispielen wurde klargestellt, wie in der heutigen kapitalistischen Klassengesellschaft durch ein raffiniert ausgeklügeltes, mit Schandtaten aller Art versehene System die Klasse der Proletarier unterdrückt wird. Diese Zusammenhänge in der kapitalistischen Gesellschaft erkannt zu haben, ist das große Verdienst von KARL MARX, der damit dem Befreiungskampf der Arbeiterschaft die Richtung gewiesen hat. So groß dieses Verdienst ist, so sehr hat den Kampf der Arbeiterklasse ein anderer Teil der MARXschen Lehre gehemmt; der historische Materialismus, der den Kampf um die Ideale ins Reich der Utopie verweist. In eindringlicher Weise unter Anwendung auf die Praxis der KP und SP wurde dargelegt, wie notwendig es gerade heute ist, Charaktere in der Arbeiterschaft zu besitzen.

Auf solche Charaktere kann man aber nur dann rechnen, wenn man den politischen Kampf als einen Kampf für Ideale organisiert.

Das tut der ISK, und darin liegt seine Bedeutung für den Kampf der Arbeiterschaft. Die anderen Parteien schätzen Charaktere zwar auch, aber sie bemühen sich nicht, an der Erziehung solcher Charaktere planmäßig zu helfen.

Die in ihrer Einfachheit überzeugenden Gedanken über die Rolle des Charakters und die Arbeit des ISK schlossen mit **der Aufforderung: entweder den Genossen vom ISK zu beweisen, daß sie auf falschem Wege sind; oder aber zu ihnen zu stoßen, um die zur Ueberwindung der Klassengesellschaft notwendige Arbeit zu leisten.**

Maikämpfe.

Asien: Anläßlich der Maifeier in Tokio wurden insgesamt 1200 Personen verhaftet. Die meisten wurden später wieder entlassen.

Nordamerika: Anläßlich der Maifeier kam es in Hamilton (Kanada) zu Ausschreitungen. Polizei und Feuerwehr kämpften drei Stunden lang gegen 10 000 Demonstranten, die trotz des Verbots eine Kundgebung veranstalteten. Die Menge zerstreute sich erst, als die Feuerwehr alle Spritzen mit Hochdruck gegen sie einsetzte.

Südamerika: Anläßlich der Maifeier in Argentinien kam es in Cordoba zu Straßenkämpfen zwischen den Arbeitern und der Zivilgarde. Der Kommunistenführer HERNANDEZ wurde getötet.

Australien: Bei der Maifeier in Melbourne kam es zu schweren Unruhen. Ein Demonstrationszug von 5000 Personen marschierte nach Yarrabank, wo verschiedene Reden gehalten wurden. Unter den Rednern befanden sich auch der Ministerpräsident von Victoria, TANNECLIFFE, ferner der Präsident der Viktorianischen Arbeiterpartei, CAMERON, und der Präsident des Handelsdepartemens, die von einem inmitten der Menge stehenden Lastwagen zu sprechen versuchten. Die Menge brach jedoch in laute Protestrufe aus, stürmte den Lastwagen und warf den Ministerpräsidenten und seine Begleiter zu Boden. Einer der Angreifer schlug auf den Ministerpräsidenten ein, so daß dieser mehrere Wunden am Kopfe, darunter eine Verletzung unter den Augen erlitt.

Politische Reife oder Charakterlosigkeit?

Joos über SP und NS.

Eine Antwerpener Tageszeitung veröffentlicht eine Unterredung, die der Zentrums-Abgeordnete Joos einem Vertreter des Blattes in Köln gewährte. Auf die Frage, ob ein Regierungsbündnis zwischen dem Zentrum und der äußersten Rechten möglich sei, habe Joos u. a. ausgeführt:

Das Zentrum wird sich niemals zu irgendwelchen Experimenten bereit finden. Wenn die Sozialdemokraten jetzt unsere Hilfe hatten, so geschah dies, obwohl wir ihre soziale Lehre bekämpften. *Wir hatten vor ihrer Disziplin und vor der politischen Reife ihrer Führer Achtung.* Die Sozialdemokratie hat stets, obwohl sie ihre Ideen verteidigt, einen klaren Blick für ihre Verantwortung gegenüber dem Lande gezeigt. Wenn die HITLER-Partei unsere Unterstützung sucht, darf sie nicht auf Schimären bauen und muß ihren revolutionären Charakter aufgeben. Soweit die HITLER-Partei die Fehler des Marxismus, die kostspielige Demagogie der Gesetzgebung, das kollektive System, das den Individualismus tötet, bekämpft, können wir ihr nur beistimmen. Aber wir hätten keinen Gewinn von der Ersetzung der marxistischen Demagogie durch die hitlerische. Die katholische Partei ist sich zu sehr ihrer Verantwortung bewußt, um ein solches Spiel zu versuchen.

*

Die „politische Reife", die Joos den sozialdemokratischen Führern zuspricht, bedeutet nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre offenbar, daß die SP reif ist, dem Zentrum die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Gelingt es dem Zentrum, HITLER und seinen Anhang zu gleicher „Reife" heranzuzähmen, so werden die katholischen Bedenken gegen den Nationalsozialismus gerade so zum Schweigen kommen wie die des Papstes gegen MUSSOLINI. Das Zentrum weiß seine „Schlüsselstellung" auszunutzen!

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: **Bezirk Prenzlauer Berg: am Mittwoch, dem 4. Mai, um 20 Uhr, Casino-Festsäle, Pappelallee 15. Thema: „HITLER marschiert in Preußen! Wer schmiedet die Einheitsfront?"**

Bezirk Wedding: am Mittwoch, dem 11. Mai, um 20 Uhr, Prinz-Eugen-Straße 29, Restaurant „Zum braunen Bär." Thema: „HITLER marschiert in Preußen! Wer schmiedet die Einheitsfront?"

Bezirk Lichtenberg: am Donnerstag, dem 12. Mai, um 20 Uhr, Lokal Wittschuß, Petersburger Straße 5. Thema: „HITLER marschiert in Preußen! Wer schmiedet die Einheitsfront?"

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Vom Erwachen der modernen Naturforschung.

Im Dom zu Pisa, kurz nach 1580.

Der junge GALILEI sitzt gemeinsam mit seinen Kameraden in der Kirche zu Pisa. Es wird Messe gelesen. Die meisten Studenten verfolgen den Gang der Handlung mit Andacht und Vertiefung. GALILEO GALILEI blickt unruhig zur Decke des Kirchenschiffes empor. Ein leiser Windstoß hat einige von der Decke herabhängende Ampeln in Schwingungen versetzt. Die Ampeln sind gleich lang. Die letzte, hinten im Schiff, schwingt ganz langsam, dort war die Kraft des Windes gerade ausreichend, um überhaupt Schwingungen zu veranlassen.

Obwohl die Weite der Schwingungen ganz verschieden groß ist, schwingen alle Ampeln gleich schnell. Genauer: sie schwingen in derselben Zeit gleich oft hin und her. GALILEI denkt: also nicht ganz langsam, wie es mir zuerst schien, sondern nur weniger weit hinaus schwingt jenes fernste Pendel. Die Schwingungsdauer eines Pendels scheint gar nicht von der Schwingungsweite abzuhängen. Aber: das schwerere Pendel, also die schwerere Ampel, muß doch schneller schwingen? GALILEI sieht sich um: rechts neben ihm, in der Mitte der Kirche, hängt die schwere Hauptampel, an der hundert Kerzen brennen. Auch sie schwingt leise hin und her. Mit Hilfe des Pulses zählt der junge Student die Schwingungen. Zu seiner Ueberraschung ergibt sich, daß die schwere Ampel gleich schnell schwingt wie die leichte.

Brausend fällt das Credo der Orgel ein, die Studenten sinken in die Knie, doch GALILEI bemerkt es nicht, bis ihn der Nachbar am Rock zupft. GALILEI kniet verwirrt nieder. . . . (Aus dem Entwurf eines Films von RUDOLF LÄMMEL.)

Das Gehirn des Massenmörders KÜRTEN, der im Juli vorigen Jahres hingerichtet wurde, ist in der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie in München untersucht und völlig normal befunden worden.

Störche kämpfen.

Jetzt kehren die Störche aus dem Süden zurück und manche finden dann ihr Nest nicht mehr vor. Auf der Scheune eines Bauern in Morrn nistete seit Jahren eine Storchenfamilie. Sie war auch jetzt wieder dort eingezogen. Mehrere fremde Störche nahmen mit den angestammten Besitzern den Kampf um das Nest auf. Er endete blutig: einer der Angreifer stürzte mit einer großen Wunde tot zu Boden.

Im Kreise Templin sind in diesem Frühjahr auffallend viele Störche angekommen. Alle alten Nester sind besetzt, und über provisorisch hergerichtete Nester fällt gleich ein Storchenpaar her. Viele Storchenpaare irren noch obdachlos umher.

Ein Bürokraten-Kunststück!

„In einem bayerischen Forstamt ist eine Küche im Laufe der Jahre des Tünchens bedürftig geworden. Der Forstmeister fragt einen Maurer, was das Weißen koste. Höchstens 5 Mark. Er berichtet an das Landbauamt, daß die Küche geweißt werden müsse. Dieses berichtet an die Regierungs-Forstkammer, die das Landbauamt beauftragt, Augenschein vorzunehmen, ob wirklich Abhilfe notwendig. Der Bauamtmann setzt sich auf Dienstreise, kommt abends dort an (Entfernung 80 Kilometer), besichtigt die Küche, findet, daß sie getüncht werden muß. Könnte abends seinen Wohnsitz noch erreichen, doch geht ein fideler Schafkopf zusammen, den er mitmacht, also: Uebernachten. Kosten: Reise 2. Klasse, zwei Tagegelder und Uebernachtungsgebühr, Bericht an die Regierungs-Forstkammer, daß Abhilfe nötig ist, daß 5 Mark Kosten erwachsen. — Auftrag an das Landbauamt, bei Zimmermalern Angebote einzuholen. Geschieht. Diese schwanken zwischen 8 und 15 Mark. — Meldung an die Regierungs-Forstkammer. Auftrag ist dem Wenigstnehmenden zu erteilen. Küche wird geweißt. Forstmeister berichtet, daß Küche nun geweißt wurde. Dienstweg: Forstamt ans Landbauamt, dieses an die Regierungs-Forstkammer, zurück ans Landbauamt, daß „Augenschein" zu nehmen ist, ob Ausführung einwandfrei — neue Dienstreise, wieder an einem Nachmittag, Schafkopf, nochmaliges Uebernachten, zwei Tagegelder und Uebernachtungsgebühr — Bericht, daß alles in Ordnung an Regierungs-Forstkammer. Auftrag, die Rechnung des Malermeisters dem Finanzamt vorzulegen. Auszahlung an diesen. Dessen Kosten 8 Mark; Reise-Tagegelder und Uebernachtungsgebühren ohne Papier und Briefportokosten, da diese der Staat an sich bezahlt, 65 Mark — Gesamtkosten für den Staat 73 Mark."

(„Süddeutsche Sonntagspost".)

„Prophet in großer Zeit".

Während des Weltkrieges, 1917. Religionsstunde des 4. Schuljahrs. Ich war nie aufmerksam, aber seltsamerweise hat sich mir ein Ausspruch unseres Lehrers eingeprägt. Wir sprachen über den Krieg und äußerten unsere Vermutungen über den zu erwartenden Ausgang des Krieges. Einige Jungens zweifelten, daß Deutschland siegen würde. Darauf hatte unser alter, greiser Lehrer nur eine Antwort: „Daß wir den Krieg gewinnen, das wissen nicht nur der liebe Gott und der Lehrer Schulte, sondern auch noch andere vernünftige Leute in Bochum!"

Die Krankheiten des Herzens und der Gefäße sind für die Volksgesundheit von kaum geringerer Bedeutung als die Tuberkulose. Die Sterblichkeit an Herzkrankheiten nimmt zu. Dem Tode geht in den meisten Fällen jahrelange Krankheit mit verminderter oder völlig aufgehobener Arbeitsfähigkeit vorauf — und damit eine große Belastung der öffentlichen Fürsorge. Etwa zwei Prozent der Bevölkerung leidet an einem organischen Herzleiden; die durchschnittliche Dauer des Leidens beträgt etwa zehn Jahre. Als Ursache der Herzkrankheiten kommt bei 25 Prozent der Rheumatismus, (diese Volkskrankheit hat bedrohlich zugenommen!) bei 40 Prozent Verkalkung der Gefäße, bei 10 Prozent die Syphilis in Frage. Eine besonders große Sterblichkeit ist bei Schneidern, Schustern, Zigarettenarbeitern festgestellt worden. — In den Vereinigten Staaten wurde 1925 bei 15,7 Prozent aller Gestorbenen als Todesursache Herzkrankheit festgestellt. M. H.

Die Banken-Sanierung

vor dem Haushaltsausschuß des Reichstags.

1515 Millionen Mark für Sanierungsverluste, Aktienkauf und Bürgschaften.

t **Berlin, 2. Mai.**

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Montag, teilweise vertraulich, die gesamte Sanierungsaktion der Reichsregierung zu Gunsten der Banken erörtert. Der Berichterstatter, Dr. HILFERDING, wies darauf hin, daß im Unterausschuß unter den vertretenen Parteien, abgesehen von den Kommunisten, Uebereinstimmung darüber geherrscht habe, daß ein staatlicher Eingriff in das Bankenwesen notwendig gewesen sei. Insbesondere habe der Unterausschuß die Uebernahme der Verantwortung für die Dresdner Bank seitens des Reichs durch Uebernahme von 300 Millionen Mark Schatzanweisungen als gegebene Tatsache hingenommen. Diese Maßnahme des Reichs sei an sich gar nichts Außergewöhnliches. Praktisch stehe immer die Reichsgarantie hinter einer Großbank und müsse in einer Krisenzeit zur Tatsache werden.

(Reichsgarantie als Prinzip! Das kann in Zukunft gut werden!)

In der Aussprache erklärte der Zentrumsabgeordnete Dr. KÖHLER, die Oeffentlichkeit habe sich noch nicht mit der großzügigen Sanierung der Großbanken abgefunden. Die Banken hätten in der Reichsregierung recht gnädige Richter gefunden. — Der volksparteiliche Abg. CREMER wies darauf hin, daß dem Parlament ja nur noch übrig bleibe, seine Bemerkungen zum Ablauf der Dinge zu machen.

Reichsfinanzminister Dr. DIETRICH betonte, daß die Beteiligung des Reiches im Rahmen der Sanierungsaktion für die Banken sich insgesamt auf 1115 Millionen Mark belaufe.

Dazu kämen noch etwa 400 Millionen Mark, für die das Reich wegen der Auslandskredite der Danatbank haftbar sei. An tatsächlichen Verlusten habe das Reich bei der Bankensanierung einmal bei Zusammenlegung der Dresdner Bankaktien 150 Millionen Mark und dann für Herausgabe der Schatzanweisungen 180 Millionen Mark gehabt. So viel koste also heute die Bankensanierung dem Reich an tatsächlichen Verlusten. Natürlich müsse auch damit gerechnet werden, daß das Reich bei seinen Bürgschaften vielleicht noch 15 Millionen Mark einbüße. Der Verlust des Reiches könne dann also insgesamt schätzungsweise 400 Millionen Mark betragen. (Eine — um es höflich auszudrücken — sehr optimistische Schätzung!)

DIETRICH erklärte selbständige Banken in den Ländern und Provinzen für wünschenswert. (Warum blieb dann der Barmer Bankverein nicht selbständig?) Die Direktorengehälter seien überall der Zeit entsprechend heruntergesetzt worden. (DIETRICH sagte leider nicht, auf wieviel!)

Wer wenig hat . . .

„Reform" der Arbeitslosenversicherung in England.

Mc. Das englische Arbeitsministerium veröffentlicht soeben seinen neuesten Jahresbericht. Während des vergangenen Jahres sind die berüchtigten Spargesetze in England angenommen worden, denen zufolge die Versicherungssätze herabgesetzt, bisher etwa 170 000 Erwerbslose aus der Versicherung ausgeschlossen und die Beiträge zur Versicherung erhöht worden sind. Durch diese Sparmaßnahmen sollen im Budgetjahr 1932/33 die folgenden Summen gespart werden:

	(In Mill. Pfund)
„Beseitigung von Unregelmäßigkeiten" (Ausschluß aus der Versicherung)	3
„Bedürftigkeitsbeweis" (Ausschluß aus der Versicherung)	10
Herabsetzung der Unterstützungssätze	12,8
Erhöhung der Beiträge	10
	35,8

Bei gleichbleibender Erwerbslosenzahl sollen also 35,8 Millionen Pfund an der Arbeitslosenversicherung eingespart werden, wodurch das Einkommen der Arbeiterschaft um fast die gleiche Summe herabgesetzt wird.

Die Ausgaben für Erwerbslosenversicherung betrugen:

1928	51 Millionen Pfund
1929	51 Millionen Pfund
1930	87 Millionen Pfund
1931	125 Millionen Pfund.

Bestochene Schriftsteller.

Vor dem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Senats über die Verhältnisse an der New Yorker Börse soll das Mitglied des Repräsentantenhauses für New York, LAGUARDIAN, behauptet haben, *daß mehr als eine Viertelmillion Dollar in den letzten Jahren Finanzschriftstellern* zugewendet worden seien, damit von ihnen für den Kauf gewisser Werte Propaganda gemacht werde, deren Kurse von den Börsenmaklern spekulativ beeinflußt wurden.

*

Ein Gerüst mit zehn Arbeitern stürzte zusammen, bei einem Neubau im Dominikanerinnenkloster in Olmütz — der dritte Unfall bei diesem Neubau. Drei Arbeiter wurden schwer, sieben leicht verletzt. — Wenn es ein Freidenker-Heim wäre, hätte längst die Kirche gemunkelt: Man sieht ja, wie Gott mit solchem Gelichter umgeht. Und jetzt? Wahrscheinlich wird sie sagen: ‚Wen Gott liebt, den züchtigt er!'

*

Eine Gemeinde ohne Arbeitslose ist Neudorf, Kreis Oststernberg in der Mark.

*

„Wird die Wiedereinrichtung von Fernsprecheinrichtungen innerhalb eines Jahres nach der Aufhebung beantragt, so wird auf die erneute Zahlung des Apparatbeitrages und auf die laufenden Gebühren für die Zwischenzeit verzichtet, wenn die Kündigung nachweislich infolge wirtschaftlicher Notlage ausgesprochen worden ist." (Neue Entscheidung der Reichspost.)

*

Die Festtagsrückfahrkarten für Pfingsten gelten für die **Hinfahrt vom 11. bis 17. Mai** (Beendigung der Hinfahrt am **17. Mai, 24 Uhr**; gegenüber der bisherigen Ankündigung um einen Tag verlängert); **für die Rückfahrt vom 13. Mai, 12 Uhr, bis zum 23. Mai** (Beendigung der Rückfahrt am **23. Mai, 24 Uhr**). Dieselbe Regelung gilt für die Fahrt auf Arbeiterrückfahrkarte hin nach dem Wohnort und zurück nach dem Arbeitsort. Die Preisermäßigung bei den Festtagsrückfahrkarten beträgt ein Drittel.

Billig und — schlecht.

Für die Mannschaften gut genug!

(ITF.) Im letzten Vierteljahr traten unter den Seeleuten in Le Havre Erkrankungsfälle auf, deren Ursache man nicht aufdecken konnte. Statt energische Gegenmaßnahmen zu ergreifen, warteten die Behörden solange, bis sich die Fälle verschlimmerten. 300 Mann wurden von der Krankheit befallen, darunter 40 schwer, und 2 starben daran. Erst als das Uebel ein großes Ausmaß angenommen hatte, kümmerte man sich darum und stellte schließlich fest, daß gerade die stärksten und gesündesten Seeleute, die am schwersten arbeiten mußten, erkrankten. Da diese Seeleute eine stärkere Ration Wein als die anderen Besatzungsmitglieder erhalten, kam die Vermutung auf, daß man vielleicht im Wein die Ursache des Uebels zu suchen habe. Durch eine chemische Untersuchung wurde festgestellt, daß in jedem Liter Wein 3 bis 12 Milligramm Arsenik enthalten waren. Man konnte aber noch nicht ermitteln, wie dieses Arsenik in den Wein gekommen ist. Wenn die Reederfirma beim Ankauf des Weines ihn auf dessen Qualität hätte untersuchen lassen, hätten die schlimmen Folgen vermieden werden können. Eine solche Untersuchung ist aber sehr teuer!

Öffentlicher Wirtschaftskursus.

Das sozialistische Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise

Unter diesem Thema wird Dr. HELLMUT RAUSCHENPLAT, Wirtschaftsredakteur des „Funken", einen vom ISK veranstalteten Wirtschaftskurs leiten.

Der Kurs beginnt am Freitag, dem 6. Mai, um 20 Uhr im

Berliner Gewerkschaftshaus, Engelufer 24.

Er wird voraussichtlich an 4 Abenden stattfinden. Der Kursbeitrag beträgt pro Abend und Teilnehmer 50 Pfennige. — Für Arbeitslose frei. Vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Mittwoch, den 4. Mai.

Berlin:

Dr. RAEUSCHER: Politische Zeitungsschau.

Königsberg:

20.00 BEETHOVENS Klavier-Konzerte.

Königswusterhausen:

19.10 Dr. DEMUTH: Die Wirtschaftslage Englands.

Langenberg:

16.30 MONTESSORI-Versuche in der Volksschule.
18.40 Dr. A. SCHWAB: Die Stadtrandsiedlung.

Donnerstag, den 5. Mai.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):

20.00 Wochenrundschau.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke" vom [illegible]

Name Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

iSK

7. JAHRGANG 5. HEFT MAI 1932

INHALT:

FRITZ GROD:

Genossen, besinnt Euch!

*

Zahlen des Niedergangs:

Im Schatten von Artikel 48.
Klassenjustiz.
Das Elend der Erwerbslosen.
Paragraph 218.
Arbeitsnot und Selbstmorde.
Der kulturelle Abstieg.

*

HELLMUT RAUSCHENPLAT:

Der Ausweg aus der Wirtschaftskrise

*

Zum Nachdenken:

Welche Religionsgesellschaften sind in Preußen? Körperschaften öffentlichen Rechts? — Bibel-Umsatz. — Nutznießer der Krise.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Erstklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge Mäntel
Damen-Mäntel Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
O.v. Guerickestr. 104, H.r.l.
Stoffmuster vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358

WAHN-EUROPA 1934
Schöner Ganzleinenband. Preis M. 4.80 (oder 8 Wochenraten zu M. 0.60)
A. H. Timmermann / Hamburg 24
Barcastr. 8. Postscheck: Hamburg 83167

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Werbeprospekte
Zeitungen
Zeitschriften
bei billigster Preisberechnung druckt
A. Janiszewski
Buchdruckerei und Verlag, GmbH
Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf Sammelnummer F1 Moritzplatz 5471

BUROBEDARFSARTIKEL
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barcastraße 8.
Telephon: 25 53 42

MAGDEBURG
Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten
Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahme-Preisen
Bitte, Sonder-Liste anfordern!
FRISCHKOST - REFORMHAUS
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

Arbeiterkinderheim
Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M., Kinder unter 10 Jahren 1,— M.
Etty Gräffe

Soeben erschien in zweiter, unveränderter Auflage:
Die bessere Sicherheit
Ketzereien eines revolutionären Revisionisten
Von LEONARD NELSON. 22 Seiten. Geheftet 0,40 Mark
Kritische
Auseinandersetzung
mit dem historischen „Materialismus"
In der rechtlichen Begründung des Klassenkampfes liegt die „bessere Sicherheit" für die Erreichung des Sozialismus!
Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S14, Inselstr. 8a

Reichswehr, „Reichsbanner", Reichskanzler.

Intrigen um Brüning.

w München, 2. Mai.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz alarmiert die Freunde der Regierung BRÜNING in einem Artikel, in dem sie unter anderem schreibt:

„Die Gerüchte von einem konzentrierten Angriff auf die Stellung der Regierung BRÜNING verdichten sich. Die heutige aufsehenerregende Meldung der „Münchener Telegrammzeitung", daß die Generäle SCHLEICHER und HAMMERSTEIN eifrig den Sturz des Reichsinnen- und Reichswehrministers GROENER betreiben sollen, deckt sich mit unserer durchaus zuverlässigen Berliner Information. Das Spiel der politischen Generäle, hinter dem leider wieder auch einmal Persönlichkeiten der nächsten Umgebung des Reichspräsidenten, wie Staatssekretär MEISSNER, zu stehen scheinen, geht in seiner Planmäßigkeit weit über den Sturz GROENERS, mit dessen SA-Politik man unzufrieden ist, hinaus. Unter Hinweis auf den Ausgang der Preußenwahlen verlangt man in den genannten Kreisen eine radikale Umbildung der Reichsregierung an Haupt und Gliedern.

General SCHLEICHER selber ist der Reichskanzlerkandidat dieses Kamarilla-Spiels,

dessen bisherige schon recht eigenartige Beziehungen zu HITLER, RÖHM und Konsorten nutzbar gemacht werden, und zwar durch Hereinnahme nationalsozialistischer Persönlichkeiten in das neue Militärkabinett."

Mag die Information der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz stimmen oder nicht: die Veröffentlichung dieser Fanfare beweist jedenfalls, daß katholische Kreise um BRÜNINGS Stellung besorgt sind. Und *diese* Tatsache spricht nicht für die Festigkeit von BRÜNINGS Stellung.

In diesem Zusammenhang ist auch das Schweigen über das Schicksal des „Reichsbanners" beachtenswert. Bereits am Sonnabend hat BRÜNING mit HINDENBURG über das „Reichsbanner" gesprochen, aber eine Entscheidung ist noch nicht gefallen, obwohl es in den letzten Tagen hieß, sie werde nach der Rückkehr BRÜNINGS fallen. Es scheint also, daß BRÜNING und GROENER, von denen gemeldet wurde, sie seien gegen ein „Reichsbanner"-Verbot, mit ihrer Ansicht gegenüber HINDENBURG einstweilen nicht durchgedrungen.

Wir brauchen kaum hinzuzufügen, daß „von amtlicher Seite" erklärt wird, die Behauptungen der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz seien „haltlose Kombinationen".

Harzburger Streitfrage:

Wer ist der beste Diener der herrschenden Klasse?

h Berlin, 2. Mai.

Bei der Verteilung der Sitzplätze im neuen Landtag erhoben die Deutschnationalen Anspruch auf die Plätze der äußersten Rechten: es handele sich hierbei nicht um eine äußerliche Platzfrage, sondern die Plätze im Parlament würden nach politischen Grundsätzen verteilt. Nach Programm und Haltung der beiden in Frage stehenden Parteien müsse die Deutschnationale Volkspartei darauf bestehen, als die Partei der äußersten Rechten angesehen zu werden.

Gegen diesen Anspruch wurde aber mit Unterstützung der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Kommunisten der nationalsozialistischen Forderung zugestimmt, die ebenfalls Anspruch auf die „Ehrenplätze" der Reaktion erhob. Wegen der großen Zahl der NS im Landtag sitzen nun die bemitleidenswerten Deutschnationalen fast in der Mitte des Saales.

„Piraten der öffentlichen Meinung".

Haltlose Gerüchte über polnische Pläne.

g Genf, 2. Mai.

Die Beziehungen zwischen Danzig und Polen sind schon längere Zeit getrübt. „Daily Expreß", das englische Radaublatt, das seine Nachrichten aus Deutschland von einem Korrespondenten bezieht, der sich Herrn HITLER bei dessen Rundflügen anschließt, benutzt jetzt die politischen Spannungen, die sich in diesem europäischen Krisenwinkel angesammelt haben, um Sensationsmeldungen in die Welt zu setzen. Das Blatt behauptet, ein Handstreich Polens auf Danzig sei geplant gewesen, und nur durch einen Appell des Danziger Völkerbundskommissars GRAVINA an den Völkerbund verhindert worden. Von zuständiger Stelle wird dazu in Genf berichtet, daß GRAVINA keinen derartigen Schritt in Genf unternommen habe und daß das ganze Gerücht aus der Luft gegriffen sei. Von deutscher Seite wird versichert, die deutsche Regierung verfolge die Vorgänge in Danzig mit größter Wachsamkeit. Sie müsse aber feststellen, daß in diesen Tagen nichts vorgefallen sei, was die englische Meldung begründet erscheinen lasse, und daß darüber hinaus, wenn wirklich Putschabsichten auf polnischer Seite bestehen sollten, die amtlichen Warschauer Kreise jedenfalls nicht beteiligt seien.

*

Die Sensation hat gewirkt. Die Dementis, denen sich auch der polnische Botschafter in London mit einem ernsten und empörten Protest angeschlossen hat, können die Flut von Haß und Verleumdung nicht aufhalten, die nur einen, wenn auch erlogenen Anlaß braucht, um die Presse zu überschwemmen. Schlagzeilen in Berliner Morgenblättern vom 3. Mai: „Polens Putschplan alarmiert Europa", „Alarmsignale im Osten", „Handstreich Polens gegen Danzig". Die Dementis werden achselzuckend erwähnt, mit innerem Hohn wird darauf hingewiesen, daß GRAVINA *„nur"* die Nachricht von seinem Einschreiten in Genf dementiert habe.

Am erschütterndsten ist es, daß sich dieser Hetzfeldzug nicht auf die Blätter der Rechten beschränkt; er geht durch die Presse von rechts bis links: Die drei Schlagzeilen, die ich genannt habe, stehen im „Tag", in der „Germania" und — in der „Roten Fahne"!

Kein Wunder, daß in der polnischen Presse verbitterte Stimmen laut werden, von denen einige das Aufkommen des Gerüchts auf eine Agitation des Völkerbundskommissars GRAVINA zurückführen, während andere gewisse englische Journalisten im Verdacht haben.

*

m London, 3. Mai.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Expreß" in Danzig erklärt: Da durch die Uebersetzung eines unvollständig wiedergegebenen „Daily Expreß"-Berichtes ins Deutsche ein Mißverständnis entstanden ist, so bin ich zu der Feststellung ersucht worden, daß meine Meldung, die sich mit den polnischen Plänen zur Besetzung Danzigs befaßt, das Ergebnis einer eingehenden Nachfrage bei allen Behörden im Freistaate war und daß gewisse Aeußerungen, die gemäß dem deutschen Texte als nachteilig für die polnische Regierung angesehen werden können, nicht dem Völkerbundskommissar in Danzig zugeschrieben werden dürfen.

Leider darf solchen „Berichterstattern" nicht das Handwerk gelegt werden.

In der Leitung der „Germania" tritt ein Wechsel ein: der bisherige Chefredakteur BUHLA, der bereits jetzt beurlaubt ist, wird zum 1. Dezember endgültig aus der Redaktion ausscheiden. Ueber die politische Bedeutung dieser Aenderung erfährt man aus dem katholischen „Bayerischen Kurier" mehr als aus der „Germania" selber. Zu der Behauptung, der Besitzer der Aktienmehrheit der „Germania", der bisherige Zentrumsabgeordnete VON PAPEN, wolle das Verhältnis der „Germania" zur offiziellen Zentrumspolitik lockern und die Zeitung „zu einer national-katholischen Tageszeitung umgestalten", erklärt nämlich der „Bayerische Kurier": „Solche Tendenzen scheinen in der Tat zu bestehen . . ." Das heißt also: eine Schwenkung noch weiter nach rechts.

Außenminister SIMON traf am Mittwoch nachmittag wieder in London ein. Ueber die Abrüstungskonferenz sagte er: Die Konferenz wird sich bis Pfingsten mit einigen technischen Fragen beschäftigen. Anschließend werden sehr wichtige Erörterungen über allgemeine Fragen aufgenommen werden. Obwohl der Fortschritt langsam war, so ist ein solcher doch erzielt worden. „Niemand, der sich über die Folgen eines Fehlschlages klar ist, wird die Aussicht auf Erfolg zu verkleinern wünschen."

*

Aus Anlaß der Gedächtnisfeier für die während der Revolution von 1916 gefallenen irischen Freiheitskämpfer hat DE VALERA am Montag die sofortige Entlassung von vier militärischen Gefangenen angeordnet. Für zwei andere Gefangene wurde die Strafzeit um drei Wochen abgekürzt.

*

Wie aus Moskau gemeldet wird, findet am Dienstag eine Unterredung zwischen dem Außenkommissar LITWINOW und dem polnischen Gesandten PATEK statt, die den politischen Verhältnissen in Osteuropa gewidmet sein soll. In diesen Verhandlungen soll auch über das Problem der Wiederaufnahme der russisch-rumänischen Nichtangriffsverhandlungen gesprochen werden, die vor kurzem in Riga abgebrochen wurden.

*

Der italienische Hebedampfer „Artiglio", der schon seit zwei Jahren versucht, den mit dem englischen Dampfer „Egypte" auf der Höhe von Brest versunkenen Goldschatz zu heben, ist am Mittwoch wieder in Brest eingetroffen und wird demnächst die Bergungsarbeiten wiederaufnehmen. Es ist den Tauchern der „Artiglio" bereits gelungen, das gesunkene Schiff bis zur Stahlkammer zu sprengen und den Goldschatz freizulegen. Die Arbeiten mußten jedoch zu Beginn des vergangenen Herbstes eingestellt werden, da der hohe Seegang eine Bergung der Goldbarren unmöglich machte.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Dissident und Dentist.

Eine wahre Geschichte.

Bl. Wegen Abbau eines Schulrats soll ein dissidentischer Schulrat eines Kreises der Provinz Hannover Gemeinden eines anderen Kreises mit betreuen. In diesen wird nun von Seiten der Kirche gegen den *Dissidenten* gearbeitet. Kirchenvorsteher gehen von Haus zu Haus, um Unterschriften zu sammeln. Dabei ereignete sich in einem Dorfe die folgende Geschichte. Nur wenige trugen sich ein. Der liberaldenkende Arzt des Dorfes trifft eines Tages zwei seiner Patienten, die durch Unterschrift gegen den neuen Schulrat protestiert haben. Da er weiß, daß sie nicht sehr kirchlich sind, fragt er sie:

„Warum haben Sie die Liste, die Stimmen gegen den neuen Schulrat sammelt, unterschrieben?"

„Ja, haben Sie denn nicht unterschrieben? Wir können doch keinen *Dentisten* zum Schulrat gebrauchen."

Nach Artikel 17 der Preußenverfassung muß der Landtagspräsident den Landtag einberufen, wenn mindestens ein Fünftel der Abgeordneten dies verlangt. Entsprechend muß nach Artikel 24 der Reichsverfassung der Reichstagspräsident den Reichstag einberufen, wenn mindestens ein Drittel der Abgeordneten es verlangt.

Es bestand Streit darüber, ob diese Verpflichtung des Präsidenten nur in den Zeiten besteht, in denen das Parlament nicht nur sich vertagt, sondern seine Tagung geschlossen hat — eine Streitfrage für die Jesuiten des Parlamentarismus. Aber sie wurde ernsthaft gestellt und kann infolge einer Klage der deutschnationalen preußischen Landtagsfraktion gegen den Präsidenten des Landtages vor den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich.

Wie zu erwarten war, hat der Staatsgerichtshof entschieden, daß das Einberufungsrecht der Minderheit auch für die Zeiten der bloßen Vertagung gilt. Sonst würde auch ja eine tagungsmüde Mehrheit durch beliebig lange Vertagung der Verhandlungen das Einberufungsrecht der Minderheit praktisch lahmlegen können.

OEL UND LAND

Von B. Traven

(Erschienen in der Büchergilde Gutenberg)

(6. Fortsetzung.)

Und der stolze herrische Mexikaner auf weißem Roß und mit silbernen Sporen machte honigsüße Worte, ach so sehr süße, so sehr süße Palabras. Und er verführte das Indianermägdelein, das ach so sehr, so sehr in Furcht war vor dem stolzen Mexikaner in dem großen, roten, ach so sehr großen roten Hut. Und endlich bekam das Indianermädchen ein kleines Kindlein, ach ein so ganz kleines, so sehr kleines Kindlein; und das Mägdelein, die Mamacita tan morena, starb mit ihrem kleinen Kindlein heimlich in dem tiefen, so sehr tiefen Busch, und eine blaue Blume fiel auf ihr Grab, das die Ameisen, ach so sehr geschäftig, so sehr geschäftig, über das tote Mägdelein gebaut hatten.

Während nun Margito die hundertzwanzig Strophen, oder wie viele es sein mögen, singt — Hacinto hört in seiner Seele das ganze lange Lied in einer Viertelstunde; denn auch er kennt es und hat es gesungen in seiner Liebeszeit — während Margito singt und mit Andacht und Inbrunst die Reime schmelzend wiederholt, unterbricht er sich zuweilen und schreit auf die Mules ein: „Caramba, zum Donnerwetter, du Cabron, du himmelgottverfluchter verfuckter Hurensohn, steh endlich still oder ich trete dich wahrhaftig, bei der heiligsten allerreinsten Himmelsjungfrau, por santa Purissima, doch noch in den verfluchten Ursch, du stinkiger Sohn einer alten Hure."

Hacinto ist Compadre des Margarito, er ist Padre aller seiner Kinder; und der Vater des Margarito ist Padre zu zwei Kindern, zu den beiden ältesten des Hacinto, zu Domingo, dem Jungen, und Juana, dem ältesten Mädchen. Die Vaterschaft des Margarito ist nicht ganz klar. So wird wenigstens getan. Aber auf der ganzen Hazienda weiß man, und jedem, der es wissen will, wird es erzählt, daß der Vater des Hacinto auch Vater des Margarito ist. Margarito selbst hält diese Tatsache für wahrscheinlich. Jedenfalls streitet er sie nie ab. Und seine Mutter, die noch lebt und auf der Hazienda die Hühner versorgt und im Hause mithilft, sagt weder ja noch nein. Sie ist weder stolz darauf noch beschämt. Wenn ihr Gott die große Gnade erwiesen, sie mit Kindern zu segnen, so ist es an sich gleichgültig, wer der Vater ist. Der Vater wird von Gott geschickt als Mittel zum Zweck. Alimentationsfragen entstehen nicht, denn es wächst Mais und es wachsen Bohnen auf der Hazienda in Fülle; und jeder, der da lebt, hat ein Anrecht an den Mais und an den Bohnen und an den Hühnern und an den Schweinen. Ob da zwanzig Kinder mehr essen oder fünfzig, Kinder, die sich auf die Familien verteilen und wo der Vater es als Ehre und Gnade des Himmels betrachtet, wenn er Vater sein darf, auch wenn er es gar nicht ist, das alles sind keine wichtigen Dinge. Der Patron der Hazienda sieht gar nicht hin. Die Kinder, alle Kinder, sind vom Himmel gesandt, und darum haben sie ein Recht zu leben. Wäre da kein Vater, dann ist immer der Patron der Hazienda noch da, der die Kinder ernährt, ernähren muß, nach indianischem Gesetz, und auch freudig ernährt, ob Gesetz oder nicht Gesetz. Gesetze, die nicht im Blut sind, haben ja doch keinen Wert.

Und Hacinto sieht hinüber zu den verstreuten Hütten und schiefen Adobehäusern, wo sie alle wohnen, die Nachkommen sind jener, die mit seinen Vätern hier lebten. Ein kleines Volk, aber ein echtes Volk, mit echtem König. Wo der König nicht Herrscher ist, wo der König nicht in Luxus lebt von dem, was sein Volk für ihn erackert, wo der König nichts ist als Verwalter, als Ratgeber, wo seine ganzen Rechte als König darin bestehen, für das Wohlergehen derer verantwortlich zu sein, die ihm von seinen Vätern anvertraut wurden, anvertaut nicht als Untertanen, sondern als Gleichberechtigte, die in Jahrtausenden von Erfahrungen sich darauf geeinigt haben, daß eine Familie das Land des Volkes verwaltet, um zu vermeiden, daß nach dem Tode des Oberhauptes der Familie die Männer des Stammes in einen blutigen Kampf eintreten, um das Recht zu erkämpfen, wer Verwalter und Führer für die nächste Generation sein soll. Für solche Kämpfe haben die Leute keine Zeit, und sie haben keine Zeit, den Haß zu besänftigen, der nach solchen Kämpfen im Volke zurückbleibt. Die Stiere machen es so in den Viehherden. Aber die Indianer betrachten sich ja nicht dem Vieh gleich. Solche kleinen Völker werden immer nur dann in ihrer Ordnung und in ihrem uns primitiv erscheinenden Aufbau und Zusammenhalt gestört, wenn eine Sippe oder ein Stamm von Städtern, von Städteerbauern auf den Plan tritt. Städte müssen Menschen in Massen aufsaugen, um bestehen und sich entwickeln zu können. Und da diese Massen viel weniger Land bewohnen als unbedingt nötig ist, sie zu ernähren, brechen sie in Völker ein, die mit der Erde unmittelbar verwachsen sind, und bauen eine Ordnung auf, in der der Städter zum Tyrannen und der Bauer zum Heloten wird.

Aus den Hütten qualmte der Rauch der Herde durch die immer offne Tür und durch die Ritzen der Wände. Vor einigen Hütten knieten die Frauen vor den Metate und rieben den Mais. Die Schweine, die Hühner, die Truthühner, die Esel, die Vögel und Tiere des Busches und Dschungels, die gezähmt waren und sich an das Haus gewöhnt hatten, kleine Rehe, Waschbären, Hunde und Katzen liefen auf den Höfen herum, drängten sich dicht an die Indianerin, die vor dem Metate hockte. Wenn sie sich ein wenig aufrichtete, um sich den Schweiß aus der Stirn zu wischen, so warf sie vielleicht einen Brocken des Maisteiges zwischen die hungrigen Gäste des Hofes, die einen wilden Kampf darum begannen. Dann lachte die Frau und ging wieder mit frischen Kräften an die Arbeit. An die Arbeit, die eine Handmühle in drei Minuten schafft und an der die Indianerin eine Stunde sitzt und alle Kräfte daran wenden muß, die sie in sich hat. Aber die Handmühle kostet fünfzehn Pesos, und was hätte man mit der übrigen Zeit anfangen sollen, wenn man die Maza in fünf Minuten fertig hat! Es war aber ein größeres Vergnügen, alle die Tiere um sich zu haben und alle die Kinder dazwischen. In den drei Minuten an der Handmühle konnten die Tiere sich nicht versammeln, konnten die Kinder nicht mit den Tieren herumjagen und herumkreischen, konnte man nicht so viel sehen und so viel erleben. (Fortsetzung folgt.)

Der Weg des Unheils.

Wir setzen hier die Auseinandersetzung mit bekannten Nationalökonomen und Wirtschaftspolitikern fort, die wir in früheren Nummern begonnen haben.

Vergleiche die Auseinandersetzung

mit	in Nr.
DESSAUER	61
HEIMANN	89
LEDERER	39, 66
MUTH	49
PINNER	79
SOMBART	53
SUHR (vom Afa-Bund)	83
WAGEMANN	20
WOYTINSKI	70

Wir empfehlen unseren Lesern, diese kritischen Erörterungen einmal im Zusammenhang nachzulesen. Denn die Prüfung der eigenen wirtschaftspolitischen Ansicht an den Urteilen und Gründen anderer Fachleute ist eine unerläßliche Selbstkontrolle und wichtige Schulungsarbeit.

Bildersprache und Tatsachen.

Professor WILHELM RÖPKE, der seit einigen Jahren recht bekannt gewordene Marburger Nationalökonom, hat im S. FISCHER-Verlag eine kleine Schrift herausgegeben: „Der Weg des Unheils", deren gelbe Bauchbinde anspruchsvoll verkündet: „Ein letzter Aufruf zur Besinnung!"

Die Broschüre ist glänzend geschrieben,

dramatisch spannend in der Darstellung des verhängnisvollen Weges von der Hochkonjunktur der Jahre 1926 bis 1929 bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise:

„Der Nilstrom des Auslandskapitals."

Das „Dynamitgemisch der Reparationen und interalliierten Schulden".

„Die Reparationen haben sich als eine Sandbank erwiesen, die bei Flut so tief unter der Meeresoberfläche liegt, daß sie den Schiffsverkehr zwar behindert, aber nicht völlig unmöglich macht, die aber bei Ebbe zum Verderben wird."

Dieser Bilderreichtum der Sprache RÖKPEs ist ein seltener Genuß inmitten der sprachlichen Oede und Dürre der meisten ökonomischen Schriftsteller. Aber

diese Bildersprache erfordert die größte Aufmerksamkeit des Lesers!

Denn die Glattheit der Sprache glättet keineswegs die tatsächliche Schwierigkeit der Probleme. Die populärwissenschaftliche Bildersprache erspart unter Umständen eine sachlich genaue und erschöpfende Charakterisierung der wirtschaftlichen Tatsachen. Sie gefährdet dadurch die Analyse der wirtschaftlichen Lage und damit auch alle Folgerungen, die daraus gezogen werden.

RÖKPE ist dieser Gefahr in der Tat nicht entgangen. Die Darstellung und Charakterisierung wichtiger sozialökonomischer Tatbestände zeigt bei ihm eine

ungenügende Unterscheidung der entscheidenden Merkmale.

Dafür einige Beispiele:

1. Die Hochkonjunktur in den USA von 1921 bis 1929 war nach RÖKPE eine Zeit der „allgemeinen Prosperität". Der Kessel ist „ganz gewaltig überheizt worden, ohne daß man es rechtzeitig bemerkt hätte".

Wirklich? Weiß RÖKPE nichts von der Not der amerikanischen Farmer, die bereits zur Zeit der amerikanischen Hochkonjunktur anzeigte, daß etwas faul war im Lande des Dollars. Ernste Beobachter haben die Zeichen der Zeit bereits damals erkannt. So haben zum Beispiel Genossen aus dem ISK Anfang August 1929 — also *vor* dem Ausbruch der amerikanischen Krise! — einen achttägigen Kursus abgehalten über die schwierige Lage der amerikanischen Farmer.

2. Die Agrarkrise, die die Landwirtschaft aller Zonen erschüttert, wird von RÖPKE selbstverständlich erwähnt. Er stellt fest, daß sie am ausgeprägtesten ist in der Getreidewirtschaft, und daß darum in Deutschland die Landwirte der östlichen Gebiete am härtesten verschuldet sind. Aber im übrigen spricht er nur von *der* Landwirtschaft, stellt er eine „enorme Verschuldung der Landwirte" „in *allen* Zweigen der Landwirtschaft" fest (Seite 32). Mit keinem Wort erwähnt er den wirtschaftlichen und sozialen Unterschied von großagrarischer Wirtschaft. Ohne diese Unterscheidung ist aber eine richtige Erklärung der Agrarkrise nicht möglich!

3. Eingriffe aller Art haben den Wirtschaftsprozeß belastet, bis die Sandmengen die wirtschaftliche Maschinerie zum Stillstand gebracht haben. Das sieht RÖPKE ganz richtig. Er zählt die Eingriffe auf: die „Subventionen, himmelhohen Schutzzölle, Preisfixierungen, Valorisationen" — so weit durchaus richtig. (Seite 24.) Aber er fährt in seiner Aufzählung fort: die „gutgemeinten Manipulationen der Lohnhöhe" und zeigt mit diesem Zusammenwerfen kartellistischer und zollpolitischer Preishochhaltemaßnahmen mit gewerkschaftlicher Lohnpolitik, daß ihm das Unterscheidungsvermögen fehlt für die verschiedene sozialökonomische Bedeutung von Einrichtungen, die einander in organisatorischer Hinsicht ähnlich sind. Seit LUJO BRENTANO 1871/72 sein berühmtes Buch „Die Arbeitergilden der Gegenwart" herausgegeben hat, sollte jeder Nationalökonom wissen, daß die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter in der kapitalistischen Wirtschaft den Zweck hat, dem Monopol der Produktionsmittelbesitzer, der Kapitalisten, eine möglichst geschlossene Front der „freien Arbeiter", der Proletarier, gegenüberzustellen, um so das fehlende freie Spiel der Kräfte einigermaßen herzustellen. RÖPKE weiß von dieser sozialökonomischen Bedeutung der Gewerkschaften nichts.

Ebenso ist er — seiner Schrift nach zu urteilen —

von einer naiven Ahnungslosigkeit gegenüber der Tatsache der Klassenscheidung.

In den Jahren vor 1929 schien ihm „der Augenblick gekommen, wo die soziale Frage durch Wohlstand für alle gelöst werden würde". Er erwähnt zwar neben *der* „sozialen Not, die eine Folge der Inflation war", auch die „chronische Arbeitslosigkeit". Aber er untersucht nicht deren Ursache. Er schreibt auf Seite 94, „daß die Massen des deutschen Volkes durch Krieg und Inflation vermögenslose Proletarier geworden sind". Und das klingt gerade, als ob es vor dem Kriege keine Proletarier in Deutschland gegeben hätte.

So ist dieses Buch, das die geldwirtschaftlichen und kreditpolitischen Probleme der Weltkrise einwandfrei erklärt, in den *sozial*ökonomischen Zentralfragen absolut unbrauchbar. Es ignoriert einfach die entscheidenden Probleme. Kein Wunder, daß dann *die deutsche Finanzgebarung der Notverordnungen als ein Muster für nichtdeutsche Staaten* bezeichnet werden kann.

Wie erklärt solch ein bürgerlicher Nationalökonom die Wirtschaftskrise?

Die heutige Krise ergibt sich „wie jede der früheren Wirtschaftskrisen aus dem Mechanismus der voraufgegangenen Hochkonjunktur (Ueberkapitalisation)". (Seite 30.)

Richtig. Es kommt also darauf an, den Mechanismus der Hochkonjunktur richtig zu erfassen. Das kann allerdings RÖPKE nicht gelingen, da er die klassenmäßige Spaltung der Wirtschaftsgesellschaft und die daraus sich ergebenden krassen Einkommensunterschiede nicht in Rechnung stellt.

„Die Krise ist eine notwendige, wenn auch sehr schmerzhafte Reaktion des durch die Hochkonjunktur vergewaltigten Wirtschaftskörpers." (Seite 43.)

Wodurch wurde er denn vergewaltigt?

„Die Schwere des wirtschaftlichen Druckes, den der Krieg über die Welt gebracht hatte, ist ebensosehr wie das Tempo des technischen Fortschrittes (auf das ebenfalls der Krieg beschleunigend eingewirkt hat) die Hauptursache für die Intensität des Aufschwungs." (Seite 29.)

Natürlich: der Krieg ist schuld.

„Ein gesunder (? W. H.) Instinkt sagt uns, daß die gegenwärtige Krise in irgendeiner Weise die Fortsetzung und Folge des Dramas ist, das im August 1914 begann. . . ." (Seite 28.)

Als ob es nicht auch vor dem Kriege bereits furchtbare Wirtschaftskrisen gegeben hätte!

„Nun liegt es in der Natur der Sache eines jeden wirtschaftlichen Aufschwungs, daß er seinerseits zu Disharmonien und Verrenkungen führt, die sich dann in der darauffolgenden Depression wieder ausgleichen müssen." (Seite 29.)

Warum liegt das in der Natur des Aufschwungs?

„Es ist fast unvermeidlich, daß, wenn die geschäftliche Aktivität einen bestimmten Grad überschreitet und immer mehr in Hitze gerät, mehr Kapital investiert wird, als im Rahmen der sonstigen wirtschaftlichen Proportionen rentabel ist. . . ." (Seite 29 f.)

Das ist „unvermeidlich" oder „fast unvermeidlich"? Warum eigentlich? Gründe für diese Behauptung werden nicht angegeben. Anscheinend hält sich RÖPKE für berechtigt, auf Grund der Tatsache, daß es im Zeitalter des Kapitalismus stets den Wechsel von Konjunktur und Krise gegeben hat, den Schluß zu ziehen, daß dies unvermeidlich immer — oder vorsichtiger: fast immer — so sein müsse. Ueber die Leichtfertigkeit solcher Folgerungen tröstet er sich mit der Feststellung hinweg:

„Diese Erkenntnis ist fast schon zum Gemeinplatz der modernen Konjunkturtheorie geworden." (Seite 30.)

Fast schon! Sie ist ein Gemeinplatz der *bürgerlichen* Konjunktur- und Wirtschaftstheorie. Darum ist sie aber noch nicht als richtig erwiesen.

Einige Seiten weiter wird eine weitere Krisenerklärung versucht:

„Die Frage der Rationalisierung und des technischen Fortschritts ist . . . eine Frage des Tempos. Wird dieses Tempo . . . übersteigert, so kann das Gleichgewicht der Volkswirtschaft über den Haufen geworfen werden, und Massenarbeitslosigkeit ist die traurige Folge." (Seite 34.)

Es *kann* über den Haufen geworfen werden! Warum? In welchen Fällen *wird* es über den Haufen geworfen und in welchen nicht? Vergeblich sucht man bei RÖPKE nach einer präzisen Antwort auf diese Fragen.

Ueberstürzte Rationalisierung wird zu vermehrtem Arbeitswechsel führen, aber auch zu Massenarbeitslosigkeit? Gerade in der Zeit der Rationalisierung ist die Arbeitslosigkeit gering. Der Prozeß der Rationalisierung und Mechanisierung erfordert ja außerhalb des laufenden Produktionsprozesses eine Menge zusätzlicher Arbeit in der Maschinenindustrie, im Baugewerbe und in allen Zweigen der Produktionsgüter-Industrie. Erst wenn die neuen Produktionsmittel in großem Ausmaß fertiggestellt sind, wenn da und dort die neuen Maschinen und die erweiterten Fabriken beginnen, riesige Mengen Konsumtionsmittel auf den Markt zu werfen, dann kommt es zur Stockung, zur Krise, zu Massenarbeitslosigkeit. Dann mangelt es hinsichtlich der Abnahme all der hergestellten Produkte. Und *darum* müssen Arbeiter entlassen werden.

RÖPKE sieht den Zusammenhang anders:

„Man konnte nicht fortgesetzt weiter bauen, immer weiter ‚rationalisieren' und neue Maschinen installieren. Das mußte spätestens in dem Augenblick aufhören, in dem der Zufluß der ausländischen Kredite ins Stocken geriet." (Seite 59.)

Für die USA ist diese Erklärung des Kriseneintrittes aus dem Kapitalmangel gewiß falsch. RÖPKE sagt selber Seite 18:

„Das Kapitalreservoir der Vereinigten Staaten schien unerschöpflich."

Und doch schreibt er Seite 59 f.:

„Man braucht nicht viele Worte darüber zu machen, daß die Depression, die sich in Deutschland und in den Vereinigten Staaten nahezu aus den gleichen Umständen ergab, für beide Länder etwas sehr Verschiedenes bedeutete."

Die Krise ergab sich also nach RÖPKE in beiden Ländern aus den gleichen Umständen. Sie war angeblich die Folge davon, daß dem Kapital, den Ersparnissen, eine Grenze gesetzt ist. Das ist

die naive bürgerliche Krisentheorie:

die Produktionserweiterungen können nur auf Grund vorausgegangener Ersparnisse gemacht werden. Ersparnisse sind nur in beschränktem Maße vorhanden. Sind sie durch übermäßige Rationalisierung oder durch starke Lohnerhöhungen aufgebraucht, so muß die Produktion eingeschränkt werden, und es kommt zur Krise.

Diese Krisenerklärung ist aber *falsch.* Gewiß können Produktionserweiterungen nur auf Grund von Ersparnissen gemacht werden. Aber an diesen fehlt es in der kapitalistischen Gesellschaft im allgemeinen nicht. Die große Masse der Arbeiter und Angestellten ist in ihr ja durch Niederhaltung der Einkommen — gesellschaftlich gesehen — zum „Zwangssparen" verurteilt (nur sammeln sich die Ersparnisse an einer anderen Stelle der Gesellschaft an, nicht in den Taschen der „Zwangssparer", sondern der Kapitalisten). Weil die Einkommensunterschiede groß sind und weil von großen Einkommen ohne Zwang zur „Entsagung" mehr gespart werden kann und auch meist mehr gespart wird als von niedrigen Einkommen, darum wird in einer Klassengesellschaft mehr gespart, als bei gleichmäßiger Verteilung der Einkommen gespart werden würde. Die neuen Ersparnisse werden jeweils zumeist verwandt zur Produktionserweiterung und Rationalisierung.

Weil zu viel gespart wird in der kapitalistischen Klassengesellschaft, darum entsteht das ungesund stürmische Tempo der Rationalisierung. Und zum Zusammenbruch kommt es aus dem gleichen Grunde: Wenn jene Produktionserweiterungen in Erscheinung treten und den Endertrag in Form von Konsumgütern auf den Markt werfen, dann fehlt es an der Absatzmöglichkeit infolge der Konsumbeschränkung bei jenen Massen, deren Einkommen durch die kapitalistischen Monopole niedergehalten werden.

Der unschuldige Kapitalismus.

RÖPKEs Krisenerklärung ist falsch und unzureichend. Der bürgerliche Nationalökonom kann die Krise nicht erklären. Er hat in der Einleitung seiner Schrift volltönend verkündet: „Die Lage ist ungeheuer ernst, aber

es gibt einen Ausweg."

Welchen Ausweg kann RÖPKE wohl aufzeigen?

Die Streichung der Reparationen!

Nun ja! Nicht der Kapitalismus, sondern der Nationalismus — des anderen! — ist schuld an dem Unheil! Er soll abgebaut werden. — Welchen anderen „Ausweg" könnte man auch von einem deutschen bürgerlichen Nationalökonomen heute erwarten!

Und doch weiß RÖPKE, daß es eine „Uebertreibung" ist, „die Reparationen als die entscheidende Ursache der heutigen Krise anzusehen".

Doch „diese Feststellung hindert nicht, daß die Reparationen als einer der hauptsächlichen Unruheherde der Welt wesentlich dazu beigetragen haben, die an sich wohl unvermeidliche Krise zu dem Pandämonium (Reich der bösen Geister) zu machen, das sie in Wirklichkeit geworden ist". (Seite 31.)

Zugegeben. Doch daraus ergibt sich noch nicht, daß die Reparationsfrage „heute das stärkste Hindernis für die wirtschaftliche Erholung der Welt ist". (Seite 70.)

„Daß einer dieser Unruheherde, und zwar der größte unter allen, die Reparationen sind, wird kaum mehr von irgend einer Seite geleugnet." (Seite 70.)

Wir bestreiten allerdings, daß die Reparationen der *größte* wirtschaftliche Unruheherd sind. Und entgegen RÖPKEs Methode der Proklamation unbewiesener Behauptungen können wir dieses Urteil begründen: Die Scheidung der menschlichen Gesellschaft in Klassen verursacht die großen Einkommensunterschiede, die ihrerseits in der oben geschilderten Weise die Wirtschaftskrise hervorrufen. Die ständige Wiederkehr der Krisen im Zeitalter des Kapitalismus erklärt sich aus dieser Tatsache der Klassenscheidung. Solange diese Tatsache bestehen bleibt, wird es immer wieder zu Wirtschaftskrisen kommen, ganz unabhängig davon, ob die Reparationsfrage bald in vernünftiger Weise gelöst wird oder nicht. Die Wirtschaftskrisen führen aber ihrerseits jedesmal zu einer solchen Verwüstung an Ersparnissen u. s. w., daß demgegenüber die Reparationsforderungen des DAWES- und YOUNG-Planes federleicht wiegen. (Vergleiche den Leitartikel in Nr. 16 des „Funken".)

„Jahr für Jahr, generationenlang, eine Summe zahlen . . ., mit der sich das Problem menschenwürdiger Wohnungen für die Armen der Großstädte mit einem Schlage lösen ließe . . . — es ist unmöglich." (Seite 72.)

Mit diesen Worten versucht RÖPKE die Unmoral der Reparationszahlungen zu begründen. Hätte sich das Problem menschenwürdiger Wohnungen nicht längst lösen lassen? Zum Beispiel mit jenen vielen Milliarden Mark, die seit 1918 den Großagrariern und Schwerindustriellen zugeflossen sind in Form der Entschuldung durch die Inflation, in Form der Millionenentschädigung nach dem Ruhrkampf, der Zollbegünstigungen, Osthilfe und anderen Subventionen! Und will uns RÖPKE vielleicht glauben machen, daß die Lage des Proletariats um einen Deut gebessert würde einzig dadurch, daß die Reparationen in Wegfall kommen? Soweit es den deutschen Unternehmern nur irgend möglich ist, werden sie auch in diesem Fall ihre Einkommen hochhalten auf Kosten des Proletariats. Obwohl wir selber die Reparationsforderungen der Weltkriegssieger für moralisch anfechtbar halten, müssen wir doch diese scheinheilige bürgerlich-nationalistische Moralökonomie ablehnen.

Der Blick aufs Ausland.

Glaubt denn ein Mann wie RÖPKE im Ernst, mit solchen Gedankengängen den ausländischen Wirtschaftspolitikern imponieren zu können?

„Wie soll Deutschland jemals wieder kreditfähig werden, wenn man ihm nur eine vorübergehende Erleichterung verschafft und im übrigen alles beim alten läßt?" (Seite 87.)

Wen will man mit solchen Argumentationen überzeugen? Wenn die deutschen Wirtschaftspolitiker sich unbedingt an der Außenpolitik orientieren wollen, dann sollen sie doch wenigstens nüchtern fragen:

Wie soll das Ausland sich bereiterklären, Deutschland Zahlungserleichterungen zu gewähren und neue Kredite einzuräumen, solange in Deutschland selber alles beim alten bleibt?

Wir müssen damit beginnen, hier in Deutschland die Ursachen der Krise und der Wirtschaftsnot zu beseitigen. Dann erst können wir mit Recht und mit wirklicher Aussicht auf Erfolg von den anderen Ländern und ihren Machthabern verlangen, daß sie ihrerseits die Ursachen der Krise und die Ursachen der Krisenverschärfung beseitigen. Wer den Ausweg aus der Krise darin sieht, an die anderen Forderungen zu stellen und die Deutschen als unschuldige Opfer zu proklamieren, der verbaut tatsächlich den Ausweg aus der Krise.

Werner Hanson.